**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 08.09.2016**

Berichtsbitte der CDU-Fraktion Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses Drs. 19/427

A. Problem

Die CDU-Fraktion erbittet einen Bericht zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses Drs.19/427 der Fraktion DIE LINKE vom 10.05.2016.

B. Lösung

Mit der Überschrift „Verdrängung und Verelendung der ausgebeuteten Zuwanderer in Bremerhaven stoppen – Verdunkelung und Verfahrenshindernisse verhindern“ wurde von der Fraktion DIE LINKE am 10.05.16 der Antrag in der Drs. 19/427 gestellt. Der Antrag wurde dann in einer neuen Fassung von den Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgegriffen und in der Drs. 19/503 dokumentierten Form beschlossen.

Von der CDU Fraktion wurden verschiedene Fragen zur Umsetzung des Beschlusses gestellt, die im anliegend beigefügten Bericht beantwortet werden.

Alternativen

Werden nicht empfohlen.

C. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung.

Mit der Berichterstattung entstehen keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Männer und Frauen sind gleichermaßen betroffen.

D. Beteiligung / Abstimmung

Das Sozialamt Bremerhaven hat über die Situation in Bremerhaven berichtet. Die Informationen wurden in die Berichterstattung aufgenommen.

E. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage:

Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft
Drs. 19/503

Bericht der Verwaltung

**für die Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
am 08.09.2016**

Berichtsbitte der CDU-Fraktion zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses Drs. 19/427

Mit der Überschrift „Verdrängung und Verelendung der ausgebeuteten Zuwanderer in Bremerhaven stoppen – Verdunkelung und Verfahrenshindernisse verhindern“ wurde am 10.05.16 ein Antrag von der Fraktion DIE LINKE (Drs. 19/427) gestellt. Der Antrag wurde dann in einer neuen Fassung von den Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgegriffen und beschlossen (Drs. 19/503). Hierauf wird in dem anliegenden Bericht Bezug genommen.

- **Wie hat die Senatorin den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zum Sozialhilfebetrug in Bremerhaven (Drs. 19/427) bisher umgesetzt?**
- **Welche Maßnahmen wurden dazu im Rahmen der Kommunalaufsicht z.B. auf Anordnung bzw. Ersatzvornahme getroffen? Welche Maßnahmen wurden von der Stadtgemeinde Bremerhaven umgesetzt?**

In der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Organisierte Ausbeutung mittels Scheinarbeitsverträgen in Bremerhaven“ hat der Senat am 31.05.16 in seiner Antwort (Bremische Bürgerschaft Drs. 19/623) die Frage der Kommunalaufsicht folgendermaßen beantwortet: „Nach Artikel 147 Bremer Landesverfassung hat der Senat als Kollegialorgan die Aufsicht über die beiden Stadtgemeinden; es handelt sich um eine reine Rechtsaufsicht, die ihrem Wesen nach auf die Selbstverwaltungsangelegenheiten der Stadtgemeinden beschränkt ist. Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten zählen die eigenen Angelegenheiten der Gemeinde (z.B. die Verfassung der Stadtgemeinde Bremerhaven). Bei dem vorliegenden Verwaltungshandeln Bremerhavens sind keine Selbstverwaltungsangelegenheiten betroffen.“

Die Stadtgemeinde Bremerhaven ist als kommunaler Sozialhilfeträger eigenständig verantwortlich für alle Sozialhilfearbeiten und auch für Fragen der Obdachlosenhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die rechtliche Möglichkeit eines Eingriffs der Kommunalaufsicht in die Entscheidung von Einzelfällen besteht daher nicht.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport steht in einem Austausch mit dem Sozialamt Bremerhaven. Aktuell stellt sich die Situation so dar, dass keine Hinweise auf Verelendung und Obdachlosigkeit der Personengruppe der EU - Bürgerinnen und Bürger vorliegen. Es war und ist daher nicht erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen.

Für den Bereich des Jobcenters Bremerhaven liegt die Aufsicht bei den beiden Trägern, der Stadtgemeinde Bremerhaven und der Bundesagentur für Arbeit. Aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) II lassen sich keine Rechte einer Landesaufsicht ableiten.

- **Wie wurden die sozialen Grund- und Menschenrechte gesichert? Welche Maßnahmen wurden dazu von wem wann eingeleitet?**

Der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sind keine Vorgänge bekannt, die auf eine Verletzung der sozialen Grund- und Menschenrechte hinweisen.

- **Welche Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung und zur Wahrung des Kindeswohls wurden von der Landesebene bisher eingeleitet und umgesetzt?**

Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung fallen in die Zuständigkeit des jeweiligen örtlichen Sozialhilfeträgers. Das Sozialamt Bremerhaven entscheidet im Einzelfall über entsprechende Anträge. Grundsätzlich ist über die Rechtsvorschriften im SGB XII eine Notfallversorgung der Menschen vorgesehen, die keine eigene Krankenversicherung oder andere Selbsthilfemöglichkeiten haben.

Die Wahrung des Kindeswohls sichert das Jugendamt Bremerhaven im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung. Die Verfahren gelten einheitlich für alle Menschen, die in der Stadtgemeinde Bremerhaven leben, unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status. Es gibt darüber hinaus ein abgestimmtes Verfahren zwischen Sozial- und Jugendamt bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung.

- **Welche Maßnahmen zur Prävention von Obdachlosigkeit und Verelendung wurden konkret getroffen? Welche Weisungen hat das Land gegenüber der Kommune Bremerhaven bzgl. der Übernahme von Leistungen nach SGB II und SGB XII gegeben?**

Wie in der Beantwortung der anderen Fragen bereits ausgeführt, liegen diese Aufgaben in der kommunalen Verantwortung der Stadtgemeinde Bremerhaven. Ein Weisungsrecht der für die Übernahme von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII lässt sich aus den bestehenden rechtlichen Regelungen nicht ableiten.

- **Gelder in welcher Höhe wurden zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses von der Sozialsenatorin zur Verfügung gestellt?**

Es wurden keine Gelder zur Verfügung gestellt. Ein Bedarf ist nicht erkennbar.

- **Wie viele Menschen profitierten jeweils von diesen Maßnahmen? Wie viele Betroffene befinden sich aktuell noch in Bremerhaven? Wie viele sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt, oder in andere Kommunen abgewandert?**

Es wurden keine besonderen Maßnahmen getroffen. Die Menschen „profitieren“ allenfalls von der Erbringung von Leistungen nach dem SGB XII im Rahmen der üblichen gesetzlichen Vorschriften.

Eine Ermittlung der Personen, die infolge der Aufdeckung des Sozialleistungsbetrugs noch in Bremerhaven leben, ist nicht möglich, da den Meldebehörden nicht bekannt ist und auch nicht bekannt sein darf, wer Sozialleistungen erhält. Wie viele in ihre Heimatländer oder in andere Kommunen abgewandert sind, ist daher ebenfalls nicht bekannt.

Zusammenfassung

Viele der betroffenen Personen, die in den Sozialleistungsbetrug involviert waren, haben offensichtlich Bremerhaven verlassen. Dem Sozialamt Bremerhaven ist der Verbleib nicht bekannt. Bekannt wurde jedoch, dass Wohnungen leer standen, weil die Mieter aus dem Personenkreis diese verlassen haben.

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass viele Personen zwar Opfer von organisierter Ausbeutung geworden sind, aber auch Beschuldigte in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft. Sie hätten nach den bestehenden gesetzlichen Regelungen im SGB II und SGB XII, die ja in den vergangenen Jahren auch enger gefasst wurden, keinen Anspruch auf Sozialleistungen dauerhaft im SGB II gehabt. Das SGB XII sieht ohnehin in § 23 SGB XII nur eine Notfallhilfe vor.

Feststellen lässt sich, dass die in dem Bürgerschaftsbeschluss (Drs. 19/503) geäußerten Befürchtungen über eine weitere Verdrängung und Verelendung der ausgebeuteten Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht eingetreten sind. Viele Menschen haben aber offensichtlich keine Perspektive mehr für einen Verbleib in Bremerhaven gesehen oder haben andere Möglichkeiten gefunden, ihren Lebensunterhalt sicher zu stellen.